Zur Initiative «Recht auf Wohnen»

Die Wohnungsnot kann jede und jeden treffen

Von Thomas Baumgartner

Das «Netzwerk Wohnungsnot», ein Zusammenschluss verschiedener sozialer Institutionen aus dem Bereich Armutsbekämpfung, hat 2016 eine Verfassungsinitiative «Recht auf Wohnen» eingereicht. Mit dieser Initiative soll erreicht werden, dass für alle Bürgerinnen und Bürger des Kantons Basel-Stadt angemessener und bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht. Aktuell ist dies nicht gegeben. Am 1. Juni 2017 lag im Kanton Basel-Stadt die Quote der leerstehenden Wohnungen bei 0,5 Prozent. Nach Definition des Bundesamtes für Wohnen besteht Wohnungsnot, wenn diese Quote bei einem Prozent oder weniger liegt. In Basel-Stadt besteht also objektiv gesehen Wohnungsnot. Gleichzeitig steigen die Mieten stetig. Ein Ende dieses Trends ist nicht in Sicht.

Was bedeutet dies konkret im Alltag des Männer- und Frauenwohnhauses der Heilsarmee? Bei uns finden Menschen ein Dach über dem Kopf, welche

aus unterschiedlichen Gründen ihre Wohnung verloren haben. Sie kommen in einer Krise zu uns und haben oft traumatische Erlebnisse hinter sich. Nach einer Stabilisierungsphase möchten sie möglichst schnell wieder eine

Wer seine Mietwohnung in Basel verlassen muss, hat Schwierigkeiten, ein passendes Domizil zu finden.

eigene Wohnung beziehen. Um eine bezahlbare Wohnung zu finden, benötigen sie viel Durchhaltevermögen und müssen viele Absagen verarbeiten. Aufgrund von Schulden, gesundheitlichen Problemen und sozialem Status werden sie bei der Wohnungssuche ausgegrenzt. Bei vielen grossen Immobilienverwaltungen lohnt sich eine Bewerbung gar nicht erst, da eine Absage vorprogrammiert ist. Berücksichtigt man den zur Verfügung stehen-

den Betrag für die Wohnungsmiete bei der Sozialhilfe und den Ergänzungsleistungen, verläuft die Suche bei einer Immobilien-Online-Plattform in der Regel ergebnislos, da es keine Wohnungen in diesem Preissegment gibt. Ohne private Beziehungen oder die tatkräftige Unterstützung eines Familienmitglieds ist die Wohnungssuche eine Sisyphus-Arbeit. Auch unser Betreuungspersonal steht ihnen bei der Wohnungssuche unterstützend bei, kann jedoch oft wenig bewirken.

Das führt dazu, dass die stationäre Verweildauer in unseren Einrichtungen unnötig verlängert und die volkswirtschaftlichen Kosten erhöht werden.

Leider ist festzustellen, dass diese Problematik nicht nur unsere Bewohnerinnen und Bewohner betrifft. Die Zahl der Bürgerinnen und Bürger, die von Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit betroffen sind, nimmt laufend zu. Mittlerweile sind nicht nur Menschen der untersten sozialen Schichten betroffen, sondern Menschen aller Altersgruppen und mit den unter-

schiedlichsten Bildungshintergründen und beruflichen Situationen. Die Wohnungsnot ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Sie kann jede und jeden treffen. Wer seine Mietwohnung in Basel, aus welchen Gründen auch immer, verlassen muss, hat grösste Schwierigkeiten, eine passende Wohnung zu finden.

Ein Ja – damit alle profitieren

Auch der Regierungsrat kommt im ersten kantonalen Controlling-Bericht zur Wohnraumentwicklung zur Erkenntnis: «Handlungsbedarf besteht beim Leerwohnungsstand und vor allem bei günstigem Wohnraum.» Auch aktuelle Beispiele wie an der Pfeffingerstrasse 85 zeigen, wie günstiger Wohnraum verschwindet: «Häuser kaufen, über eine Schwesterfirma billig sanieren lassen und dann als Eigentumsimmobilien weiterverkaufen» (bz Basel vom 8. Mai 2018).

Genau hier will die eingereichte Initiative Abhilfe schaffen und definiert ähnlich wie für Menschen mit einer

Beeinträchtigung bei einem Wohnheimplatz oder beim Recht auf einen Tagesbetreuungsplatz ein Recht auf Wohnen für Personen, die in Basel-Stadt wohnhaft und angemeldet sind. Für die Erreichung dieses Ziels trifft der Kanton die notwendigen Massnahmen, damit genügend und bezahlbare Wohnungen in unserer Stadt zur Verfügung stehen.

Die Umsetzung dieses Zieles unterliegt wie alle Verfassungsnormen dem demokratischen, gesetzgebenden parlamentarischen Prozess.

Ich bin überzeugt, dass Sie als Leserin und Leser auch schon öfters selber oder in Ihrem Umfeld mit den negativen Auswirkungen der Wohnungsnot konfrontiert waren – legen Sie deshalb ein Ja zur Initiative Recht auf Wohnen und zu den weiteren mietrechtlichen Vorlagen in die Urne und verhelfen Sie damit Basel zu einer verbesserten Wohnpolitik, von der alle profitieren.

Thomas Baumgartner (53) ist Gesamtleiter Wohnen (Männerwohnhaus, Frauenwohnhaus und Wohnbegleitung) bei der Heilsarmee.